Fragen an die Kölner OB Kandidat*innen

1. *Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Bau von bezahlbaren Wohnungen zu fördern und zu beschleunigen, die speziell auf die Bedürfnisse von Frauen und Alleinerziehenden zugeschnitten sind, einschließlich barrierefreier Zugänge und sicherer Wohnumfelder?*

   Wir setzen uns mit Nachdruck für mehr bezahlbaren Wohnraum ein – und verfolgen dabei einen Ansatz, der gerade auch Frauen und Alleinerziehende entlasten kann. Denn: Wer heute dringend eine Wohnung sucht, braucht vor allem eines: mehr Angebot. Deshalb wollen wir den Wohnungsbau deutlich beschleunigen, indem wir Genehmigungsverfahren vereinfachen, Flächenpotenziale besser nutzen und neue, bezahlbare Wohnungen dort schaffen, wo sie wirklich gebraucht werden.

   Besonders wichtig ist uns dabei: Wohnraum muss nicht nur bezahlbar, sondern auch alltagsnah und sicher sein. Das bedeutet barrierefreie Zugänge, eine gute Anbindung an Kitas, Schulen und ÖPNV sowie quartiersnahe Infrastruktur.

   Für uns ist klar: Köln braucht mehr bezahlbare, vielfältige und sichere Wohnungen – und eine Stadtplanung, die den Alltag von Familien, Alleinerziehenden und Menschen mit besonderen Bedürfnissen aktiv mitdenkt.

2. *Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte in den Kölner Kitas verbessern? Wie lösen Sie den Fachkräftemangel und wie stellen Sie die Qualifizierung der Quereinsteiger*innen sicher?*

   Wir setzen uns für eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Kitas ein. Ziel ist es, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, Quereinsteigerinnen gezielt zu qualifizieren und die pädagogische Qualität zu sichern. Dabei sollen bürokratische Hürden abgebaut und praxisnahe Qualifizierungsangebote geschaffen werden. Die Qualität der staatlichen

Kitas soll konsequent erhöht werden, indem Erzieherinnen und Erzieher von aufwändigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden – etwa durch zusätzliches Verwaltungspersonal. Die FDP unterstützt auch ausdrücklich die Fortführung des erfolgreichen NRW-Programms für „Alltagshelferinnen“ in Kitas, eingeführt durch den früheren FDP-Familienminister Joachim Stamp. Diese entlasten das pädagogische Personal im Alltag und schaffen so mehr Zeit für die Betreuung der Kinder.

3. *Welche Maßnahmen planen Sie, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Förderung von Vielfalt und Inklusion berücksichtigen? Was sind die größten Herausforderungen bei der Gleichstellung in Köln?*

   Wir wollen Gleichstellung und Vielfalt stärker strukturell in der Stadtpolitik verankern. Eine zentrale Herausforderung sehen wir in der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa durch fehlende Betreuungsangebote oder unflexible Verwaltungsstrukturen. Um dem zu begegnen, setzen wir uns für eine bedarfsorientierte und hochwertige Kinderbetreuung ein, die berufstätige Eltern entlastet. Da Frauen noch immer einen Großteil der Care-Arbeit leisten, entlasten ausreichend und insbesondere zuverlässige Betreuungsangebote Frauen im Besonderen.

   Der anhaltende Gender Pay Gap zeigt, dass Frauen über ihr gesamtes Berufsleben hinweg weniger verdienen als Männer, was sich besonders in der Altersarmut von Frauen widerspiegelt. Wir setzen uns für den Grundsatz ein, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird. Es ist zudem essentiell, Mädchen und junge Frauen zu ermutigen, sich für traditionell höher entlohnte Berufe zu interessieren, die oft als 'Männerberufe' gelten. Frauen sollten keine finanziellen Nachteile durch familienbedingte Berufspausen erleiden. Weiterhin ist es wichtig, Frauen gezielt in ihrer beruflichen Entwicklung zu unterstützen und zu beraten.

   Vielfalt und Inklusion sollen durch eine offene Stadtgesellschaft gefördert werden, in der individuelle Freiheit, Chancengleichheit und Eigenverantwortung im Vordergrund stehen.

4. *Was werden Sie hinsichtlich einer Gesamtstrategie Gewaltschutz auf kommunaler Ebene initiieren und wie werden Sie den Prozess beschleunigen? Welche spezifischen Initiativen*

werden Sie umsetzen?

Wir setzen uns für eine klare und entschlossene Gewaltprävention auf kommunaler Ebene ein. Dabei verfolgen wir auch das Ziel, Schutzräume für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, weiter auszubauen und bestehende Strukturen zu stärken. So war es die FDP, die sich seit vielen Jahren für die Errichtung eines zweiten Frauenhauses einsetzte und heute ein drittes Frauenhaus fordert.

Der Schutz vor Gewalt ist zentrale Aufgabe eines Staates – gerade auch im Bereich häuslicher Gewalt. Konkrete Maßnahmen sind die Bereitstellung weiterer Schutzplätze und die finanzielle Stärkung entsprechender Einrichtungen. Gleichzeitig fordern wir verlässliche Anlaufstellen und niedrigschwellige Hilfsangebote für Betroffene. Dabei legen wir großen Wert auf effektive Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei und freien Trägern.

Ein zentraler Punkt ist auch die Verbesserung der Präventionsarbeit: Aufklärungsangebote, insbesondere in Schulen und Jugendeinrichtungen, sollen ausgebaut werden. Damit soll Gewalt bereits im Vorfeld verhindert und gesellschaftliche Sensibilisierung gefördert werden.

Die FDP fordert außerdem, dass vorhandene Programme und Maßnahmen regelmäßig evaluiert und an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Eine funktionierende Gesamtstrategie zum Gewaltschutz muss aus Sicht der FDP praxisnah, wirkungsorientiert und dauerhaft finanziell abgesichert sein.